



## MERKBLATT

für die Erteilung einer Erlaubnis gemäß § 34 b Gewerbeordnung (GewO) - Versteigerer -

**Wer gewerbsmäßig fremde bewegliche Sachen, fremde Grundstücke oder fremde Rechte versteigern**

**Für die Bearbeitung Ihres Antrages ist zuständig:**

Fachbereich Ordnung und Sicherheit  
Bereich Allgemeine Ordnungsangelegenheiten  
Arbeitsgruppe Gewerbeangelegenheiten  
Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam

### **Ansprechpartner**

Frau Kompart	Zimmer 244	Telefon 0331 289	-1689
Herr Kubitzka	Zimmer 241		-1696
Frau Petermann	Zimmer 220		-1699
Herr Rosenfeld	Zimmer 243		-1693
Frau Wallow	Zimmer 245		-1698

Fax 0331 289 84 + o.g. App. Nr.

### **1. Für das Antragsverfahren sind folgende Unterlagen beizubringen:**

#### **Antrag einer natürlichen Person**

- **Antragsformular** (vollständig ausgefüllt und unterschrieben)
- **Führungszeugnis und Auskunft aus dem Gewerbezentralregister zur Vorlage bei einer Behörde** (GZR) Belegart „O“
  - ⇒ Diese Auskünfte sind bei dem für den Wohnsitz zuständigen Einwohnermeldeamt unter dem **Verwendungszweck: 0401-III-3214-10 03/V zu beantragen** und dürfen nicht älter als drei Monate sein.
- **Auskunft über Einträge im Zentralen Schuldnerverzeichnis** des Zentralen Vollstreckungsgerichts - [www.vollstreckungsportal.de](http://www.vollstreckungsportal.de) (§ 882 b/h ZPO)
- **Auskunft über Einträge im Insolvenzverzeichnis** des Amtsgerichtes, in dessen Bezirk der Antragsteller in den letzten drei Jahren einen Wohnsitz oder eine gewerbliche Niederlassung hatte (§ 26 InsO)
- **Bescheinigung in Steuersachen** d. zuständigen Finanzamtes u. d. kommunalen Steueramtes

#### **Antrag einer juristischen Person**

- **Antragsformular** (vollständig ausgefüllt und unterschrieben)
- **Auszug aus dem Gewerbezentralregister (GZR) zur Vorlage bei einer Behörde** (Belegart „O“)
  - ⇒ Diese Auskunft ist bei dem zuständigen Gewerbeamt unter dem **Verwendungszweck: 0401-III-3214-10 03/V zu beantragen** und darf nicht älter als drei Monate sein.



- **Auskunft über Einträge im Zentralen Schuldnerverzeichnis** des Zentralen Vollstreckungsgerichts - [www.vollstreckungsportal.de](http://www.vollstreckungsportal.de) (§ 882 b/h ZPO)
- **Auskunft über Einträge im Insolvenzverzeichnis** des Amtsgerichtes, in dessen Bezirk der Antragsteller in den letzten drei Jahren eine gewerbliche Hauptniederlassung hatte (§ 26 InsO)
- **Bescheinigung in Steuersachen** d. zuständigen Finanzamtes u. d. kommunalen Steueramtes
- Soweit das Unternehmen beim Amtsgericht eingetragen ist, einen **Auszug aus dem entsprechendem Register**. Handelt es sich um eine GmbH & Co. KG, so ist der Auszug für die GmbH und die KG einzureichen.
- **Gesellschaftervertrag für Gesellschaften in Gründung** (Vorgesellschaften)

Für jeden Geschäftsführer bzw. alle nach Gesetz, Satzung oder Gesellschaftervertrag Vertretungsberechtigten **zusätzlich**:

- **Führungszeugnis und Auskunft aus dem Gewerbezentralregister zur Vorlage bei einer Behörde** (GZR) Belegart „O“  
⇒ Diese Auskünfte sind bei dem für den Wohnsitz zuständigen Einwohnermeldeamt unter dem **Verwendungszweck: 0401-III-3214-10 03/V zu beantragen** und dürfen nicht älter als drei Monate sein.
- **Auskunft über Einträge im Zentralen Schuldnerverzeichnis** des Zentralen Vollstreckungsgerichts - [www.vollstreckungsportal.de](http://www.vollstreckungsportal.de) (§ 882 b/h ZPO)
- **Auskunft über Einträge im Insolvenzverzeichnis** des Amtsgerichtes, in dessen Bezirk der Antragsteller in den letzten drei Jahren einen Wohnsitz oder eine gewerbliche Niederlassung hatte (§ 26 InsO)
- **Bescheinigung in Steuersachen** d. zuständigen Finanzamtes u. d. kommunalen Steueramtes

## 2. Gebühren - gemäß Gebührengesetz für das Land Brandenburg

### § 10 (1) Entstehen der Gebühren- und Auslagenschuld

Die Verwaltungsgebührenschild und die Auslagenschuld entstehen mit der Beendigung der Amtshandlung, in den Fällen des § 13 mit der Beendigung der letzten Amtshandlung und in den Fällen des § 17 mit der Rücknahme oder Ablehnung des Antrags oder des Rechtsbehelfs.

### § 16 (1) Vorschusszahlung und Sicherheitsleistung

Eine öffentliche Leistung, die auf Antrag vorzunehmen ist, kann von der Zahlung eines angemessenen Vorschusses oder einer angemessenen Sicherheitsleistung bis zur voraussichtlichen Höhe der Gebühr und Auslagenerstattung abhängig gemacht werden.

Die Behörde macht von diesem Recht Gebrauch.